

Viktor Agartz

## LÖHNE - PREISE - SOZIALE HILFE

*Vorbemerkung:*

*Diesem Aufsatz liegt ein Vortrag zugrunde, den Dr. Viktor Agartz auf Einladung der Evangelischen Akademie in Hermannsburg vor maßgeblichen Persönlichkeiten der Unternehmenseite hielt.*  
Die Redaktion

Seit Mitte des vergangenen Jahres ist in Deutschland in der lohn- und preispolitischen Situation ein Wandel eingetreten. Dieser Wandel wurde auch dem Unbeteiligten deutlich, als um die Jahresmitte Lohnerhöhungen gefordert wurden, bei denen es nach ergebnislosen Verhandlungen erstmalig zu größeren Streiks nach dem Kriege kam und die daher der Öffentlichkeit klarmachten, daß sich innerhalb des bisherigen Lohn-Preis-Schemas einiges geändert hat. Nachfolgende weitere Lohnverhandlungen und Lohnerhöhungen gaben ausreichenden Anlaß, die sichtbar gewordene Diskrepanz zwischen Preisen und Löhnen zu überprüfen und zu untersuchen. Soweit diese Bemühungen darauf abzielten, die Ursachen aufzuklären, ist zweifellos mancher wertvolle Beitrag geleistet worden. Aber alle diese Untersuchungen leiden an einem zur Zeit nur schwer zu behebenden Mangel. Durch die veränderten Verhältnisse in Westdeutschland fehlen exakte Vergleichsmöglichkeiten mit rückliegenden Jahren; vor allem aber mangelt es an einer genauen Kenntnis der sozialen Struktur, die sich nach dem Krieg ergeben hat. Deutschland ist in zwei Teile zerrissen und viele Möglichkeiten, die wirtschaftlichen Tatbestände zu erfassen und zu berechnen, sind durch diese Teilung ausgeschlossen worden. Trotz der sich aus dieser Lage ergebenden Schwierigkeiten sind immer wieder Versuche gemacht worden, eine Sozialanalyse auch in dem „halbierten“ Deutschland durchzuführen und eine Klärung über die Einkommensschichtung und damit über die Sozialstruktur anzustreben. Erst wenn eine genaue Kenntnis über die Struktur der heutigen Einkommensverhältnisse vorliegt, wird es möglich sein, die Beziehung-Lohn — Preis auch in seiner wirtschaftspolitischen Verflechtung genauer würdigen zu können.

Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften hat in Rücksicht auf diese vorliegenden Mängel durch das Emnid-Institut in Bielefeld eine umfangreiche Repräsentativ-Befragung von 10 000 Einkommensbezieher durchzuführen lassen<sup>1)</sup>, deren Ergebnisse annähernd einen Einblick in die gegenwärtige soziale Struktur Westdeutschlands geben.

Eine erste Auswertung dieser Ergebnisse<sup>2)</sup> zeigt, daß im Frühjahr 1949 78,3 v. H. aller Arbeiter ein Bruttoeinkommen unter 250 DM bezogen. Im Mai 1950 belief sich dieser Anteil auf 73,4 v. H. aller Arbeiter der Bundesrepublik (ohne Rentner). Ferner wird ersichtlich, daß im Frühjahr 1949 58,8 v. H. aller erwerbstätigen Personen in die Gruppe unter 250 DM monatlich fielen, während im Mai 1950 diese Zahl 55 v. H. ausmachte.

Es erscheint uns bemerkenswert, daß Mitte 1950 64 v. H. aller Einkommensbezieher (einschl. Rentner) mit nur 35 v. H. an der Summe der gesamten Einzel-

1) Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften dient ausschließlich objektiver, wissenschaftlicher Forschung und ist genau so unabhängig wie die anderen wissenschaftlichen Institute unserer Bundesrepublik. Es hat und wird niemals den Auftrag bekommen, seine wissenschaftlichen Arbeiten in einer bestimmten Richtung durchzuführen. Eine interessierte Propaganda ist stets bereit, dieses Institut als eine parteilich gebundene Einrichtung zu kennzeichnen und damit Rückschlüsse auf den Wert seiner Arbeiten zu ziehen. Wir müssen uns mit dieser ständig geförderten Meinungsbildung abfinden.  
2) Siehe Mitteilungen des WWI, Nr. 10/11, Jahrgang 1950.

einkommen in der Bundesrepublik beteiligt waren, d. h. umgekehrt 65 v. H. des Gesamteinkommens auf nur 36 v. H. aller Einkommensbezieher entfielen. Hier muß besonders hervorgehoben werden, daß in diesen Einkommen die Summen für Investitionen nicht enthalten sind. Stellt man die Zahlen der Vorkriegszeit gegenüber, so wird die Verschiebung in der Einkommensschichtung deutlich erkennbar. Im Jahre 1928 waren 88 v. H. aller erwerbstätigen Personen mit 61 v. H. am Gesamteinkommen beteiligt.

Die Untersuchungsergebnisse können aber noch in einer anderen Weise gesehen werden. In Westdeutschland beträgt der Anteil des Arbeitereinkommens am Gesamteinkommen des Volkes 29,7 v. H. gegenüber 44 v. H. in England. Bei dieser Zahlengröße ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Arbeitskräfte, heute wesentlich höher liegt und die steuerliche Belastung und die Belastung aus den Sozialversicherungsbeiträgen bedeutend größer ist als vor dem Kriege. Es bedarf kaum des Hinweises, daß diese veränderte Einkommensstruktur auch auf die ökonomische Struktur einen entscheidenden Einfluß haben muß.

Wenn wir diese Zahlenergebnisse für die nach unserer Meinung fehlerhafte Einkommensstruktur an den Anfang unserer Betrachtungen stellen und gleichzeitig erklären können, daß damit für die Beurteilung der Lohnseite bestimmte Daten vorliegen, so fehlen bedauerlicherweise ähnliche Zahlengrößen für die gegenwärtige Preissituation. Wir besitzen zwar einen amtlichen Lebenshaltungskostenindex, den in ähnlicher Weise auch unser Institut berechnet hat, aber diese Berechnungen sind für eine Reallohnstatistik nicht brauchbar. Die Bezugsgrundlage der Indexberechnung umfaßt Verbrauchsmengen, die noch von den Verbrauchsgewohnheiten vor der Geldreform beeinflußt sind; die erheblichen Strukturwandlungen im Verbrauch haben in der Indexberechnung bis heute keinen Niederschlag gefunden. Im Frühjahr 1949 wurde die Bewirtschaftung und damit die Rationierung vieler Waren aufgehoben. In der Bezugsgrundlage des amtlichen Lebenshaltungskostenindex sind jedoch ein Teil Gebrauchs- und Verbrauchsgüter enthalten, die zur Zeit der Aufstellung des Index rationiert waren. Inzwischen ist jedoch eine völlige Wandlung in der Nachfrage eingetreten, so daß die seinerzeitige Grundlage für die Indexberechnung keine einwandfreie Vergleichsmöglichkeit mehr bietet. In ähnlicher Weise wie für die Einkommensstatistik sind durch unser Institut auf breitester Grundlage Untersuchungen eingeleitet worden, die für die Preisseite ebenfalls ein klares Bild schaffen sollen. Wenn ich diese Tatbestände herausstelle, dann zu dem Zweck, um von dieser Grundlage aus das Verhältnis Preise und Löhne näher zu untersuchen.

Welches Bild der wirtschaftspolitischen Verhältnisse ergab sich um die Jahreswende 1949/50? Mitte des Jahres 1948 war das Geldwesen neu geordnet worden, und die Bewirtschaftung aller Waren hatte wenige Monate später ihr Ende gefunden. Im Zuge dieser Maßnahmen, besonders der Lockerungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Warenversorgung, ergaben sich Preissteigerungen erheblichen Ausmaßes, die zu einem Teil durch die übergroße Nachfrage begünstigt wurden. Gleichzeitig bot die Lockerung der preisgesetzlichen Bestimmungen die Chance, durch Selbstfinanzierung über den Preis eine Kapitalbildung zu betreiben, die in dieser Größenordnung und Intensität alle bisherigen Vorstellungen überstieg. Trotz der gewaltigen Nachfrage und der stetig steigenden Produktion erreichte jedoch um die Jahreswende die Zahl der Erwerbslosen die 2-Millionen-Grenze. In Wahrheit war diese Ziffer wesentlich größer, da Jugendliche, die bislang noch nicht in einem Arbeitsverhältnis gestanden hatten, in der

amtlichen Statistik nicht gezählt werden; hinzu kam ferner die nicht genau bekannte Zahl der „streunenden“ Jugend. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl Westdeutschlands zählte man eine Erwerbslosenziffer, die etwa mit der von 1931 vergleichbar war.

Während sich auf deutscher Seite nur wenige kritische Stimmen mit den Widersprüchen dieser wirtschaftlichen Lage beschäftigten, traten die Besatzungsmächte an die amtlichen Stellen, denen die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik übertragen ist, mit der Empfehlung heran, Maßnahmen zu ergreifen, um die Erwerbslosigkeit so rasch wie möglich herabzumindern. Die Besatzungsmächte sahen mit Recht die politische Gefahr, die schon einmal in Deutschland aus einer unverhältnismäßig großen Erwerbslosenzahl erwachsen war. Die Bundesregierung hat dann in einem Memorandum, das wegen seiner grundsätzlichen — man möchte lieber sagen „weltanschaulichen“ — Beweisführung in der Öffentlichkeit Aufsehen erregte, darauf hingewiesen, daß jeder Versuch, die Arbeitslosigkeit in größerem Umfange zu mindern, notwendigerweise zu einer Erhöhung der Kaufkraft führen müsse. Eine Kaufkraftsteigerung aber würde zu stärkeren Importen zwingen und damit eine Belastung des noch nicht ausgeglichenen Devisenhaushaltes mit sich bringen.

Der Bundesregierung konnte nicht bestritten werden, daß jede Erhöhung des Beschäftigungsgrades zu einer Erhöhung der Kaufkraft und damit zu einer Vergrößerung des Einfuhrüberschusses führen würde. Um einen Druck auf den Devisenhaushalt abzuwehren, hätte die Bundesregierung auf Eingriffe und aktive Maßnahmen nicht verzichten können, und zwar auf jene Maßnahmen, die sie selbst wahlweise in ihrem Memorandum genannt hat. Bei sinkender Erwerbslosenzahl und gleichzeitig steigender Kaufkraft und bei gleichbleibender Einfuhr an Rohstoffen und Nahrungsmitteln wären der Bundesregierung folgende Wege für die Führung ihrer Wirtschaftspolitik verblieben: 1. alle Preise im Verhältnis' von Angebot und Nachfrage steigen zu lassen, 2. zu versuchen, über eine Erhöhung der Steuern die sich ständig vermehrende Kaufkraft abzuschöpfen oder 3. bestimmte Mangelwaren zu rationieren. Die Bundesregierung hat es abgelehnt, einen dieser Wege zu gehen. Damit verblieb es zunächst bei jener bekannten Arbeitslosenzahl, die erst im Zuge der Frühjahrsbelebung, d. h. aus saisonbedingten Ursachen langsam zurückging.

Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß die volle Versorgung *eines* Teiles des deutschen Volkes in freier Konsumwahl, die jeder von uns als normal und wünschenswert begrüßt, nur möglich war, weil diese freie Konsumwahl für einen *anderen* Teil des Volkes infolge fehlender Kaufkraft ausgeschlossen worden war. Mitte des Jahres löste nun der Koreakonflikt alle jene Wirtschaftskräfte aus, auf deren Einsatz die Bundesregierung zu Anfang des Jahres verzichtet und deren Folgeerscheinungen sie in ihrem Memorandum mit Recht herausgestellt hatte. Der Rüstungsboom führte zu einer höheren Beschäftigung und damit zu einer Steigerung der Kaufkraft. Es verblieb aber nicht nur das, was das Memorandum der Bundesregierung befürchtet hatte, also eine steigende Kaufkraft mit steigender Nachfrage, sondern auch ein Anstieg der Einfuhrpreise infolge der anziehenden Preise auf dem Weltmarkt, so daß von zwei Seiten her die Devisenbilanz unter Druck gesetzt wurde. Gleichbleibende nominelle Löhne und rapide steigende Preise brachten ein katastrophales Absinken des Reallohns. Aus dieser Entwicklung ergaben sich die Bedingungen für jene gewerkschaftliche Lohnpolitik, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1950 sichtbar zu werden begann.

Eines der wesentlichsten Argumente, das gegen die gewerkschaftliche Auffassung vorgebracht wurde, war die Forderung nach Lohnstabilität.<sup>3)</sup> Gerade in der gegenwärtigen Lage sozusagen einen Idealtypus einer Relation zwischen Lohn und Preis zu schaffen, ist schon der Mühe wert. Es wäre dann aber Aufgabe der amtlichen Wirtschaftspolitik, die Preise durch geeignete Maßnahmen laufend zu senken, um so nicht nur die alte Relation zwischen Lohn und Preis wieder herbeizuführen, sondern durch weitere auf den Preis wirkende Maßnahmen den Reallohn nach und nach zu erhöhen. Gegen eine derartige politische Behandlung des Lohn-Preisproblems ist nichts einzuwenden, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Erreichung dieses Zieles gegeben sind. Leider scheinen aber alle Voraussetzungen für die Handhabung einer solchen Lohn-Preispolitik zu fehlen.

Geht man daran, den Vorschlag nach Stabilität der Löhne realistisch zu prüfen, so ist der Versuch zu einer solchen Lohnpolitik nur möglich, wenn auf beiden Seiten der Sozialpartner hierzu die psychologische Bereitschaft vorhanden ist, die ihrerseits von gewissen Vorbedingungen abhängt.

Erstes Erfordernis scheint mir zu sein, daß über die innerbetrieblichen Verhältnisse, d. h. über die Leistungsfähigkeit des Unternehmens, ferner über die Löhne als Kostenfaktor eine rückhaltlose Offenheit herrscht. Nur in den seltensten Fällen ist man in Deutschland bereit, über die Umsätze, über die Investitionen oder über das Kostengefüge des Betriebes genauer Auskunft zu geben. Nur in den seltensten Fällen werden den Gewerkschaften Zahlenvergleiche zur Verfügung gestellt. Eine Ausnahme machen lediglich die deutschen Warenhäuser. Setzt man die Gesamtunkosten gleich 100, ergab sich im Jahre 1936 bei den Warenhäusern ein Anteil der Löhne und Gehälter einschließlich der Bezüge des Vorstandes von 16 v. H. Heute liegt dieser Anteil bei 11 v. H., während er in den USA 18 v. H. beträgt.

Die Gewerkschaften wissen, daß sich ähnliche Verschiebungen, teils wesentlich größeren Umfangs, bei fast allen Unternehmungen ergeben haben.

Eine weitere Voraussetzung für eine Politik der stabilen Löhne scheint mir eine korrespondierende Wirtschaftspolitik zu sein, die leider nicht vorhanden ist. Als bei Beginn des Koreakonfliktes die Preise der meisten Nahrungsmittel und vieler Gebrauchsgüter anzogen, wurde von gewerkschaftlicher Seite alles versucht, um dieser überwiegend spekulativen Preissteigerung entgegenzuwirken. In zahlreichen mündlichen und schriftlichen Eingaben wandte sich der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Bundesregierung mit der Bitte, die angezogenen Preise auf den alten Stand zurückzuführen. Den Gewerkschaften wurden sogar verbindliche Zusagen in dieser Richtung gemacht. Die Verhandlungen wurden bei der Bundesregierung fortgesetzt, teilweise auch unter Hinzuziehung des anderen Sozialpartners und der beteiligten Industrie- und Handelskreise. Als Ergebnis aller Bemühungen ist ein im Preise stabilisiertes Konsumbrot übriggeblieben, das in den meisten Fällen nicht zu haben ist.

Auch scheint es notwendig, darauf hinzuweisen, daß eine Stabilität der Löhne bei allmählich sinkenden Preisen nicht als eine Aufgabe gewertet werden kann, die vom einzelnen Betrieb aus zu sehen ist. Das Lohnproblem ist nicht nur allein ein betriebliches und privatwirtschaftliches, sondern vielmehr ein gesamtwirtschaftliches und gesellschaftliches Problem. Man kann ein Lohn-Preisverhältnis in der gewünschten Richtung nur in einer Wirtschaft erreichen, die in sich ausgeglichen ist. Diese Ausgeglichenheit fehlt aber in Westdeutschland vollkommen.

3) Siehe Dr. Kurt Pentzlin: Auch heute noch stabile Löhne? Gewerkschaftliche Monatshefte, 1950, Heft 10.

Würde man das Lohnproblem nur vom Standpunkt des einzelnen Unternehmens aus sehen, so wäre die Frage zu stellen, was mit den übrigen Einkommensbeziehern geschieht, die keinem Betrieb angehören, wie beispielsweise Rentner und sämtliche Angehörige der öffentlichen Verwaltung. Betriebliche Rationalisierungsergebnisse würden diesen breiten Schichten der Arbeitnehmer und Rentner keine unmittelbaren Vorteile bringen.

In den Monaten nach der Geldreform ist die Entscheidung über Art und Größe der Produktion und auch die Entscheidung über Art und Größe der Investitionen der individuellen Willensbildung des einzelnen Betriebes überlassen worden. Diese Entscheidungen richteten sich allein nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten, wurden aber nicht von volkswirtschaftlichen Bedürfnissen getragen. Die falsche und ungesunde Einkommensverteilung und Einkommensschichtung, wie sie in Deutschland zur Zeit vorherrscht, lenkte die Produktion in eine Richtung, die in keiner Weise sicherstellt, daß eine Massenversorgung garantiert werden kann. Die Erzeugung wichtigster Gebrauchsgüter wie z. B. Bekleidung, Schuhe und Möbel liegen mengenmäßig erheblich unter dem Niveau der Vorkriegszeit. Wir leiden in Westdeutschland, und dies muß mit besonderer Betonung herausgestellt werden, an einer katastrophalen Unterproduktion gerade jener Gebrauchsgüter, die von den breiten Schichten des Volkes am dringlichsten benötigt werden. Die vorhandene Unterproduktion fällt um so stärker ins Gewicht, als Westdeutschland nicht nur den Bedarf aus den Kriegszerstörungen und den normalen Nachholbedarf zu decken hat, sondern auch weil seine Bevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit um fast 10 Millionen Menschen zugenommen hat. In dieser Unterproduktion liegt eine der entscheidendsten Ursachen für die heutige Preisbildung. Um eine ausreichende Konsumgütererzeugung zu erreichen, muß auf die Investitionspolitik mit der Absicht einer Schwerpunktbildung Einfluß genommen werden. Durch Eingriffe dieser Art kann eine Erzeugung in großen Serien und damit zu gesenkten Preisen ermöglicht werden.

Daß eine solche Wirtschaftspolitik eine bessere und gleichzeitig billigere Versorgung ermöglicht, braucht nicht auseinandergesetzt zu werden. Gleichzeitig werden aber auch mit einer solchen Politik andere wirtschaftliche Wirkungen erzielt, die nur positiv gewertet werden können. Hierfür seien nur einige Beispiele aufgeführt:

Untersuchungen des WWI der Gewerkschaften haben die Abhängigkeit der Einzelhandelsumsätze von dem Einkommen aus Lohn und Gehalt erwiesen. Die Untersuchungen zeigten nicht nur die Parallelität in der Entwicklung zwischen der Summe aller Löhne und Gehälter und der Einzelhandelsumsätze in den einzelnen Jahren, sondern auch andere Begleiterscheinungen, die in diesen Tagen ebenfalls in der Öffentlichkeit immer wieder Gegenstand der Erörterung sind. Je geringer die Einkommen aus Lohn und Gehalt sind, desto geringer sind, wie schon gesagt, die Umsätze des Einzelhandels. Je stärker die Einzelhandelsumsätze rückläufig sind, um so stärker steigen gleichzeitig die Preise. Bei rückläufigen Einzelhandelsumsätzen zeigt sich das bekannte Verhältnis, daß bei kleinen Umsätzen versucht wird, ein größeres Gewinnergebnis zu erzielen. Je höher die Einzelhandelsumsätze auf Grund der gestiegenen Kaufkraft, um so geringer wird die Spanne, mit der der Einzelhandel rechnet. Ferner wurde festgestellt, daß zahlreiche Personen, die durch das Absinken des Lohnes oder des Gehaltes auf ein Existenzminimum herabgedrückt werden, das Bedürfnis zeigen, in den Handel auszuweichen. Gerade in Zeiten größerer Arbeitslosigkeit ist diese Erscheinung besonders sichtbar. Eine Übersetzung des Einzelhandels, über

die auch heute immer wieder geklagt wird, läuft daher parallel mit niedrigen Einzelhandelsumsätzen, d. h. mit niedrigen Löhnen und Gehältern. Eine Besserung der Einzelhandelsfunktion ist daher nur bei Vollbeschäftigung zu vertretbaren Löhnen zu erreichen.

Die Schwierigkeiten der Zahlungsbilanz sind bekannt. Bekannt sind auch die alliierten Forderungen auf Verzicht der Liberalisierung des Ein- und Ausfuhrhandels oder eine drastische Konsumeinschränkung. Jede dieser Maßnahmen muß zu einer weiteren Kürzung des Reallohnes führen. Eine solche Lage hätte nicht einzutreten brauchen, wenn man sich den immer wieder vorgebrachten Vorschlägen der Gewerkschaften angeschlossen hätte. Zur Entlastung der Zahlungsbilanz hätte eine Ablenkung des Konsums von Einfuhrgütern auf innerdeutsche Produkte möglich gemacht werden können. So hätte z. B. die verstärkte Wohnungspolitik zur Folge gehabt, daß die Kaufkraft auf Erzeugnisse der Möbelindustrie, des Hausrats usw. abgelenkt worden wäre. Die heutige Devisenlage macht nun teilweise stärkere Eingriffe notwendig, als sie den gewerkschaftlichen Vorstellungen vorgeschwebt hatten. Wenn heute die Mindestreserven erhöht werden, der Akzeptkredit rationiert wird, wenn der Diskontsatz erhöht wird und wenn weiter für die Einfuhr Bardepots verlangt werden, so ist nicht zu leugnen, daß Eingriffe dieser Art notwendig sind. Diese generalisierenden Maßnahmen scheinen jedoch nicht nur unzweckmäßig, sondern vielfach sogar schädlich zu sein.

Ohne Planung und Lenkung kann eine funktionslose Wirtschaft nicht wieder funktionsfähig gemacht werden. Bei Planungsmaßnahmen der von uns geforderten Art soll die persönliche Willensentscheidung im allgemeinen nicht betroffen werden. Auch in früheren Jahrzehnten, als dem Preismechanismus eine gewisse Bedeutung beizumessen war, war der Produzent und der Verkäufer in seiner persönlichen Willensentscheidung nicht frei. Hierfür sorgte schon die Konkurrenz und die Käuferschaft. Auch wir wünschen keine Planungsbehörden, die bis nach unten zum Konsumenten die Produktion und den Konsum im einzelnen durchzuplanen hätten. Wir wissen, daß diese Planungsbüros genau so irrational sind, wie es früher die Konkurrenz und die Käufer gewesen sind. Auch in der zurückliegenden Zeit hat man auf Planungs- und Steuerungsmaßnahmen nicht verzichtet. Erwähnt sei die Zollpolitik, die Steuerung über indirekte Steuern, über den Diskont usw. Zahlreiche Maßnahmen dieser Art haben schon in früherer Zeit dem Preismechanismus seine Bedeutung genommen.

Es sollte möglich sein, über die Lenkung der Investitionen, über die Steuerung der Produktion, über die Bildung von Erzeugungsschwerpunkten zur Befriedigung des Massenbedarfs zu einer einheitlichen Auffassung zu kommen. Ebenso sollte es möglich sein, zu einer Einigung darüber zu gelangen, daß die heutige Einkommensschichtung und Einkommensverteilung produktionshemmend wirken. Es wäre wünschenswert, die Vielfalt dieser Fragen gemeinsam an einem Tische zu besprechen. Diese Gemeinsamkeit scheint mir aber nur dann gesichert zu sein, wenn beide Partner in völliger Gleichberechtigung einander gegenüberstehen. Ich glaube, daß die psychologische Bereitschaft für Verhandlungen dieser Art so lange fehlt, bis diese Voraussetzungen sich erfüllt haben. Ich habe die Auffassung, daß es sich hier um ein menschliches Anliegen handelt, das nicht nur allein aus der christlichen Ethik heraus geboren ist, sondern ebenso sehr auch der politischen Notwendigkeit entspricht. Beide Partner müßten in gleicher Verantwortung und gleicher Verpflichtung von dem Willen getragen sein, daß die Erzeugung von Gütern nicht nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten des Gewinnes, sondern allein nach den Erfordernissen der sozialen Gemeinschaft erfolgt.